

## Haushalt 2002

Verwaltungshaushalt	17,028 Mio. Euro
Vermögenshaushalt	6,060 Mio. Euro
Kreditaufnahme	0,500 Mio. Euro

Bei der Betrachtung des Haushaltes möchte sich die Fraktion der FWG auf einige wesentliche Punkte beschränken.

Die Daten zeigen, daß die Gewerbesteuer für den Stockstädter Haushalt eine besondere Bedeutung hat. Im Verlauf der Jahre erkennen wir hier deutliche Schwankungen, was seine Ursache in der relativ großen Abhängigkeit von einem hauptgewerbsteuerzahler hat. Dies macht die mittelfristige Finanzplanung ein Stückweit unkalkulierbar. So können die stattlichen Rücklagen von heute bereits morgen durch Rückzahlungen aufgezehrt werden. Die weitgehende steuerliche Abhängigkeit der Gemeinde von einem Industriebetrieb sollte Anlass sein, gezielt neue Industrieflächen auszuweisen, um die Gewerbesteuereinnahmen auf eine breitere Basis zu stellen. Aus diesem Grund fordert die FWG die Erschließung eines Industriegebietes II im Bereich der ehemaligen Mülldeponie.

Natürlich nützt eine gemeindliche Industriepolitik nichts, wenn eine unkalkulierbare rot-grüne Bundespolitik die Steuereinnahmen durch die Gewerbesteuer zur Disposition stellt. Die Streichung der Gewerbesteuer steht nach wie vor im Raum und muß vom Tisch. Aber auch die derzeitige Regelung, auf die Gewerbesteuer eine stetig steigende Umlage zu erheben, ist ein gemeinde- und bürgerfeindlicher Akt erster Güte. Die eigenständige Steuerhoheit der Gemeinde auszuhebeln und die Kommunen in die Rolle von Zuweisungsempfängern zu drängen, sollte keine Zukunft haben. Die Kommunalpolitik ist gefordert, sich geschlossen gegen solche politischen Vorgaben zu wehren, egal von wem sie kommen.

Der Vermögenshaushalt erfährt gegenüber 2000 und 2001 eine deutliche Steigerung, was gut ist, da die Gemeinde in Zeiten wirtschaftlicher Depression ihr Investitionspotential voll ausschöpfen sollte. Es ist daher um so bedauerlicher, dass die Zuschusspraxis des Freistaates sinnvolle Investitionsvorhaben - in unserem Fall die Erweiterung der gemeindlichen Feuerwehr - unnötig verzögert. Es kann nicht sein, dass man auf die Bewilligung eines Zuschusses Monate bis Jahre warten muss, in der Zwischenzeit nichts tun darf, weil man sonst die Zuschussfähigkeit verliert und nach Zuschussgenehmigung jahrelang auf das Geld warten muss. Wer die Investitionsschwäche der Gemeinde wie die CSU lautstark beklagt, muss hier handeln. 3,5 Milliarden Euro nicht ausgezahlter Zuschüsse bayernweit sind ein Investitionshemmnis erster Güte.

Bei den Personalkosten sehen wir einen Anstieg, den wir akzeptieren, weil er soweit nicht tariflich bedingt, durch eine Stellenmehrung im Sozialbereich begründet ist. Eine professionelle Jugendpflege in Stockstadt ist eine alte Forderung der FWG. Wir registrieren mit Genugtuung, dass wir hier ein gutes Stück vorangekommen sind. Es wird in der Zukunft darum gehen, die Planstelle mit den zukunftsweisenden Inhalten einer integrativen Jugendarbeit zu füllen. Die Voraussetzungen von Seiten der Gemeinde sind geschaffen. Gleiches gilt für die Hausaufgabenhilfe. In einer Zeit, in der die Schule leider immer mehr Erziehungs- und Betreuungsfunktionen übernehmen muss, sind solche zusätzlichen kommunalen Angebote nötig. Die Diskussion um die Ganztagschule hat gerade erst begonnen und wird uns noch lange beschäftigen. Die Hausaufgabenhilfe ist hier in gewisser Weise ein erster Schritt. Bei der derzeitigen starken Nachfrage sollte der Gemeinderat darüber nachdenken, ob nicht eine zweite Halbtagsstelle nötig ist. Wir sehen diesen Bedarf. Politisch wird darüber zu streiten sein, wer zukünftig den erhöhten Finanzbedarf der Schulen deckt. Eine 2. Lex-Kindergarten, das heißt Finanzierung dieser Aufgabe ohne staatliche Mittelzuweisung, sollten sich die Gemeinden nicht gefallen lassen. Hier ist die innerparteiliche Demokratie der Volksparteien gefordert, rechtzeitig die richtige Weichenstellung vorzunehmen.

Im Zusammenhang mit dem Schuletat erheben wir, wie in der Vergangenheit auch, zum Antrag, dass sowohl Grund- wie Hauptschule für die Arbeit des Elternbeirats ein Budget von jeweils 2500 Euro erhalten. Dieses Geld soll die Funktion des Elternbeirates aufwerten und seine Entscheidungsfreiheit stärken. Wir bitten den Kämmerer, uns die Haushaltsstellen zu nennen, unter denen diese Gelder geführt werden.

Bei der Bewertung des Haushaltes muss die Entwicklung der Schulden Anlass zur Sorge sein. In der ablaufenden Wahlperiode 1996/2002 werden sich die Gemeindeschulden von 1,7 auf 4,3 Mio. DM mehr als verdoppelt haben und dies trotz einer bis 2001 guten Einnahmesituation. Akzeptabel ist die Verschuldung allenfalls deshalb, weil mit zwei großen Sanierungsprojekten, nämlich Grund- und Hauptschule ein überdurchschnittlicher Finanzbedarf bestand und diese Maßnahmen zwingend erforderlich waren. Für die Zukunft aber muß die Sparsamkeit wieder mehr Beachtung finden. Für die FWG ist es nach wie vor ein vorrangiges Ziel in Stockstadt Schuldenfreiheit zu erreichen.

Auch die Gebührenentwicklung gibt Anlass zur Kritik. So stieg der Wasserpreis in der Wahlperiode 1996/2002 von 2,25 DM auf 3,90 DM (81 %), die Kanalgebühren stiegen im selben Zeitraum von 1,95 DM auf 3,00 DM (55,2 %). Man kann das nun in Euro umrechnen, die prozentuale Steigerung bleibt allerdings die Gleiche und was

entscheidend ist, sie liegt 5 bis 8 mal so hoch wie die allgemeine Inflationsrate. Dass Gebührensteigerungen kein Naturgesetz sind zeigt ein Blick auf die Stromtarife, deren Höhe nicht in der Verantwortung der Gemeinde liegt, und die über den gleichen Zeitraum, den Nachttarif ausgenommen, ziemlich konstant blieben.

Insofern ist die Forderung der FWG aus dem Jahre 1990, eine eigene Wasserversorgung zu installieren, eine Gebührenbremse und muß dringend realisiert werden, sonst wird die Abhängigkeit der Gemeinde Stockstadt von den Wasserlieferungen aus Aschaffenburg unweigerlich neue Gebührensteigerungen nach sich ziehen.

Bei aller Kritik kann man aber feststellen, dass die wesentlichen Finanzdaten des Stockstädter Gemeindehaushaltes in Ordnung sind. So wird insbesondere der Mindestzuführungsbetrag erreicht. Dies begründet im Wesentlichen die Zustimmungsfähigkeit zum Haushalt. Wir danken dem Kämmerer für seine Arbeit und stimmen dem Haushalt in allen seinen Teilbereichen zu.

25.1.2002, Dr. Gerhard Glöckner  
für die Freie Wählergemeinschaft Stockstadt/Main